

Barcelona – Refugee City?

Lara Massó

Europas Städte sind für viele Migrant*innen ein Ort der Hoffnung. Ein Ort, der Zuflucht und Arbeit, Sicherheit und Frieden. Die Realität ist anders.

In der Realität sind Europas Städte häufig Orte der Ausgrenzung, in denen die Rechte der Einwohner*innen aufgrund des Aufenthaltsstatus hierarchisiert werden. In Spanien betrifft dies einen erheblichen Anteil der migrantischen Gesellschaft: 40 Prozent aller Nicht-EU-Migrant*innen haben dort schon einmal in irregulärer Situation gelebt. Allein in Barcelona leben schätzungsweise 10.000 bis 15.000 Menschen ohne Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis.

Barcelona ist seit 2015 Teil der Refugee Cities Initiative (wie übrigens auch die Landeshauptstadt Kiel – <https://solidarity-cities.eu/>), welche sich mit Migrant*innen solidarisiert und sich für deren Aufnahme ausspricht. Irreguläre Migrant*innen kommen vor allem auf drei Wegen nach Barcelona: über den Flughafen mit einem Touristenvisum, das sie später überziehen (Visa-Overstayers), auf dem Seeweg über die Kanarischen Inseln (von dort werden sie entweder abgeschoben oder auf das Festland gebracht) oder über die marokkanisch-spanische Grenze nach Ceuta und Melilla, die beiden spanischen Enklaven im Maghreb.

Soziale Ausgrenzung und Wohnungslosigkeit

Sie stolpern in ihrem Alltag kontinuierlich über Hürden, die für die einheimische

Bevölkerung unsichtbar sind. Sie empfangen keine Sozialhilfen und gleichzeitig ist es ihnen verboten, zu arbeiten. In der Folge arbeiten Illegalisierte in Barcelona in der Schattenwirtschaft als Hausangestellte, in der Gastronomie, im Baubereich, der Fertigungsindustrie, der Landwirtschaft, als Verkäufer*innen oder als Sexarbeiter*innen.

Auch der Zugang zum Wohnmarkt ist für Illegalisierte begrenzt: Sie können keine Mietverträge abschließen, in denen sie als Hauptmieter*innen eingetragen sind. Folglich wohnen die meisten von ihnen als Untermieter*innen in einzelnen Zimmern und haben dort keine Mietrechte. Familien mit Kindern haben es hierbei am schwersten, da Vermieter*innen häufig keine Minderjährigen zur Untermiete aufnehmen. Wenn sie ein Zimmer zur Untermiete finden, wohnen sie dort auf engstem Raum. Hinzu kommt, dass die Mieten für Illegalisierte teurer sind als im Durchschnitt.

An das Problem Wohnraum schließt sich die Hürde Aufenthaltsstatus an: In Spanien geborene Kinder von irregulären Migrant*innen können erst eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten, wenn ihre Eltern neben einem Aufenthaltstitel auch einen stabilen Wohnort vorweisen können. Eine Untermiete zählt dafür nicht. So kommt es, dass ein Drittel der insgesamt 500.0000 irregulären Migrant*innen in Spanien Kinder sind, die auch in Spanien geboren sind. Ein weiteres Problem in Barcelona sind polizeiliche Kontrollen, die auf Racial Profiling beruhen: So kann die bloße Anwesenheit von rassifizierten Menschen zur Gefahr für sie werden. In der Folge können Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis in ein Abschiebegefängnis gebracht werden oder auch direkt abgeschoben werden.

Das Leben der Sin Papeles

Schritte aus der Papiertlosigkeit

Allerdings gibt es auch Licht am Ende des Tunnels: Barcelona hat Maßnahmen ins Leben gerufen, in denen die Rechte von Illegalisierten gestärkt wurden. Die Stadt hat über das 2017 ins Leben gerufene Documento de vecindad del Ayuntamiento de Barcelona (Nachbarschaftsdokument des Rathauses Barcelona) eine Form der städtischen Zugehörigkeit geschaffen. Das Dokument kann beim Rathaus beantragt werden. Irreguläre Migrant*innen können sich bei einer drohenden Abschiebung damit ausweisen und so zeigen, dass sie in Barcelona verwurzelt sind. Dies soll ihnen beim gerichtlichen Prozess über die Abschiebung einen Vorteil verschaffen.

Außerdem wurde die Regelung des „Padrón sin domicilio“ eingeleitet, die es möglich macht, sich auch ohne festen Wohnsitz im Einwohnermeldeamt (Padrón) anzumelden. Migrant*innen müssen sich in Spanien so früh wie möglich im Padrón anmelden, da sie nachweislich drei Jahre in Spanien verbracht haben müssen, bevor sie eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen können. Des Weiteren hängt der Zugang zum Gesundheitssystem an der Anmeldung im Padrón. Man muss der Behörde nicht seinen Aufenthaltsstatus mitteilen, um sich im Padrón anzumelden. Diese Regelung ist ein starker Kontrast zum deutschen System, in dem Behörden dazu verpflichtet sind, Informationen über den irregulären Aufenthaltsstatus einer Person an die Ausländerbehörde weiterzugeben.

Beschäftigung und Legalisierung

Eine weitere Maßnahme der Stadt Barcelona betrifft die Arbeitsmarktintegration



Der Graffiti-Künstler, der anonym bleiben möchte, hat einst selbst als irregulärer Migrant in Barcelona gelebt. Er möchte mit seinen in ganz Barcelona verbreiteten Graffitis Aufmerksamkeit für die Situation von Sin Papeles erregen.

von Illegalisierten. Dies ist besonders wichtig, da Migrant*innen bei der Beantragung der Aufenthaltserlaubnis einen Arbeitsvertrag nachweisen müssen. Oft sind alle Vorgaben erfüllt und es scheitert am Nachweis des Arbeitsvertrages, da die Person keine Arbeit außerhalb der Schattenwirtschaft findet, weil sie noch keine Aufenthaltserlaubnis hat – ein Teufelskreis.

Nicht selten kommt es vor, dass sich Migrant*innen gefälschte Arbeitsverträge für bis zu 3.000 Euro kaufen. Die Stadt hat daher eine Jobbörse erstellt, zu der Menschen Zugang haben, die alle Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis erfüllen, aber keinen Arbeitsvertrag haben. Durch die Jobbörse sollen sie schneller an einen Arbeitsvertrag kommen und somit ihren Aufenthaltstitel beantragen können. Des Weiteren hat das Rathaus 2017 die Kooperative DiomCoop gemeinsam mit Migrant*innen ins Leben gerufen, die als Ausbildungsstätte und Arbeitgeberin fungiert und dadurch Arbeitsverträge ausstellen kann. Zu Beginn war die Arbeit bei DiomCoop darauf begrenzt, Holzartikel auf Märkten zu verkaufen. Da viele Illegalisierte als Straßenverkäufer*innen arbeiten, war dies der Versuch, dieselbe Tätigkeit legal auszuführen.

Doch die Migrant*innen waren in ihren Heimatländern in anderen Berufen tätig und verkauften nur aus Not Artikel auf der Straße. Daher traten sie mit der damaligen Regierungspartei En Comú Podem in Verhandlungen, die für eine Umstrukturierung offen war. Heute ist die Kooperative ein Dienstleistungsservice, das Catering, Malerservice, Umzüge und

Reinigungsservice anbietet sowie ein eigenes faires Modelabel vertreibt. Die Idee ist es, dass Menschen ohne Papiere in die Kooperative kommen und dort eine Ausbildung in einem der angebotenen Bereiche absolvieren. Mit dem Vertrag, den sie von der Kooperative bekommen, erhalten sie ihre Papiere. Migrant*innen, die einmal in der Kooperative waren, erhalten bei drohendem Verlust ihrer Aufenthaltsgenehmigung immer wieder einen neuen Vertrag, um zu verhindern, dass Personen, die in der Kooperative ausgebildet wurden, anschließend wieder in die Irregularität geraten. So wird ihre Aufenthaltserlaubnis über die Arbeitsmarktintegration gesichert.

Der Haken: Seit 2017 bis heute wurde auf diesem Weg gerade einmal 22 Personen zu ihren Papieren verholfen, hinzu kommen Vertragsverlängerungen von ehemaligen Kooperationsmitgliedern. Dennoch ist für die Kooperationsmitglieder die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Ausdruck dessen, sich nicht mehr ausgrenzen zu lassen. Sie möchten die Administration nutzen, um die Anliegen aus der migrantischen Community in die Stadtpolitik zu tragen.

Antirassismus

Auch auf politischer Ebene gibt es in Barcelona ein Umdenken: So hat das katalanische Parlament eine Kommission gegen institutionellen Rassismus ins Leben gerufen. Dadurch soll der institutionelle Rassismus anerkannt und nach und nach aufgehoben werden. Der Fokus liegt auf dem Gesundheitssystem, dem Bildungsweg-

sen, der Wohnsituation und der Kinder- und Familienpolitik. Ziel ist es, dass jedes Gesetz, das das Parlament erlässt, eine antirassistische Perspektive hat und auch die Realität illegalisierter Migrant*innen mitdenkt, um diese nicht auszuschließen.

Fazit

Barcelona beweist mit der lokalen Migrationspolitik einen starken Willen, ein inklusiver Ort zu sein. Die Ansätze zeigen, dass Städte in gewissem Rahmen Handlungsmacht besitzen, nationale Gesetze für ihre spezifischen Kontexte auszulegen. Die Stadt hat sich dem Sicherheitsnarrativ, das in Spanien zu Migration herrscht, widersetzt und folgt einem eher rechtlich-humanitären Ansatz, um mit Migration umzugehen.

Barcelona muss auf lokaler Ebene mit einer globalen Herausforderung wie der Migration umgehen und hat mit der Refugee City eine eigene Form des Migrationsmanagements ins Leben gerufen. Doch bisher gibt es viel zu wenige Menschen, die von den Maßnahmen erreicht wurden. Für die Umsetzung von Maßnahmen und eine echte Willkommenskultur bedarf es mehr migrantischer Partizipation, eines Austauschs auf Augenhöhe und eines starken politischen Willens. Es ist also noch viel zu tun!

Lara Massó ist Referentin in der Koordination des Netzwerks Alle an Bord! beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. www.frsh.de. Dem Artikel liegt die geowissenschaftliche Masterarbeit Lara Massós zugrunde: <https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/39883.2>